

Programm der SAV zur Bürgerschaftswahl 2004
50 Cent Spende

Gemeinsam gegen Sozialkahlschlag



Informieren & Mitmachen: ☎ 040-54752333
www.sozialismus.info/hamburg

SAV Sozialistische
Alternative

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitschülerinnen und Mitschüler, liebe Nachbarinnen und Nachbarn!

Warum noch wählen gehen, wenn SPD, GAL, CDU, FDP und Schill alle für den Abbau der Sozialleistungen sind? Was bringt ein Kreuz bei der nächsten Wahl, wenn die Politiker danach sowieso machen, was sie wollen?

Es stimmt, ein Kreuz bei der nächsten Wahl allein kann das nicht verhindern. Wenn sich etwas ändern soll, müssen wir alle in unserer Stadt selbst aktiv werden – gegen Kürzungen bei sozialen Einrichtungen und den Schulen, gegen die KITA-Card, gegen die Privatisierung unserer Krankenhäuser und Berufsschulen und gegen die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung.

SAV-Mitglieder sind deshalb aktiv beteiligt, den Widerstand gegen die Politik des Sozialkahlchlags zu organisieren und soziale Proteste zu unterstützen. Die SAV setzt sich dafür ein, dass der Protest gegen Kürzungspolitik und Entlassungen ausgeweitet wird.

Wir schlagen vor, einen Hamburgweiten Protesttag zu organisieren, an dem alle Beschäftigten und NutzerInnen beteiligt sind, die von Stellenabbau, Kürzungen und Privatisierungen betroffen sind: Krankenhausbeschäftigte, Patienten, Schüler/innen, Studierende, Beschäftigte der städtischen Altenheime, der Verwaltung, des Hafens, die Lehrer/innen, Kita-Beschäftigten, Eltern usw.; bundesweit wäre es an der Zeit, dass wir es in Deutschland so machen wie die Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, Italien und anderen Ländern - alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen einen Tag die Arbeit nieder. Ohne solche Streiks werden wir es schwer haben, die weiteren Verschlechterungen unseres Lebensstandards zu verhindern.

Wir treten nicht zu Wahlen an, weil wir denken, dass dies soziale Proteste ersetzen könnte. Aber wir meinen, dass es wichtig ist, dass die große Mehrheit der Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Jugendlichen wieder mit einer Stimme in der Bürgerschaft vertreten ist. SPD, GAL, CDU, FDP und Schill-Partei machen nur Politik für die, die sowieso genug Geld haben.

Um den Protest gegen Sozialkahlschlag und Privatisierung zu stärken, beteiligt sich die SAV an dem Bündnis aus Organisationen, sozialen Initiativen und Einzelpersonen, das die Kandidatur der REGENBOGEN-Liste für die Hamburger Bürgerschaft und mehrere Bezirksversammlungen unterstützt. SAV-Mitglieder kandidieren auf der REGENBOGEN-Liste und die SAV unterstützt aktiv den REGENBOGEN-Wahlkampf.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten von REGENBOGEN sind selbst in sozialen Bewegungen aktiv. Arbeitnehmer/innen, Erwerbslose und Jugendliche. Gewerkschafter/innen, Privatisierungs-Gegner, Menschen aus sozialen Initiativen und viele andere – wir haben uns zusammengeschlossen, um der unsozialen Politik von SPD-Grünen-CDU-FDP-Schill etwas entgegenzusetzen, die Proteste außerhalb des Parlaments zu unterstützen und bei den Wahlen eine Alternative anzubieten.

Praxisgebühr, Steuerreform nur für Reiche, Privatisierung unserer Berufsschulen und Krankenhäuser, Kürzung des Arbeitslosengelds – damit muss endlich Schluss sein!

Die Reichen und Unternehmer haben mit CDU, FDP, SPD, Grünen und Schill-Partei viele Parteien, die ihre Interessen vertreten. Wir kleinen Leute haben keine solche Partei. Die SAV setzt sich deshalb für den Aufbau einer neuen Partei der Arbeitnehmer/innen, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner ein. Wir begrüßen es deshalb, dass sich zur Unterstützung der REGENBOGEN-Liste so viele Menschen aus Organisationen, Initiativen und Gewerkschaften zusammengefunden haben. Dies ist ein weiterer kleiner Schritt für die Schaffung einer solchen neuen Arbeiterpartei, mit der wir gemeinsam für unsere Interessen kämpfen können.

Deshalb:

Selbst aktiv werden – bei der SAV mitmachen – den Wahlkampf unterstützen - und bei der Bürgerschaftswahl und den Wahlen zu den Bezirksversammlungen REGENBOGEN wählen.

Gemeinsam gegen Sozialkahlschlag

„In Hamburg sind über 85.000 Menschen arbeitslos. Jedes 5. Kind lebt von Sozialhilfe. Insgesamt müssen mehr als 116.000 Menschen in Hamburg von Sozialhilfe leben. Mindestens 1.300 Menschen sind obdachlos. Aber Hamburg ist nicht arm. Allein die reichsten neun Menschen in Hamburg besitzen ein Vermögen von 26,6 Mrd. Euro. Viele Unternehmen rechnen sich arm und zahlen kaum oder keine Steuern. Geld ist also eigentlich genug da, aber es ist in den falschen Händen. Und auch das: Jährlich zahlt die Stadt Hamburg aus unseren Steuergeldern 1,1 Mrd. Euro Zinsen für städtische Schulden an die Banken.

Der Hamburger Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP setzt die unsoziale Politik von SPD und Grünen fort. In Hamburg wurden Millionen bei Beratungsstellen, Jugendarbeit Beschäftigungsförderung und Weiterbildung gekürzt und jetzt sogar das günstige HVV-Ticket für Sozialhilfeempfänger gestrichen. Auf der anderen Seite werden hunderte Millionen für unsinnige Prestigeobjekte, Subventionen für Großkonzerne und Zinsen an die Banken ausgegeben.

Und bundesweit? Eintrittsgeld beim Arzt, Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Rente und Sozialhilfe, Erhöhung der Steuern, länger arbeiten, weniger verdienen und und und. Unternehmen und Millionäre verdienen sich weiter eine goldene Nase, während wir Beschäftigten, Jugendlichen und Arbeitslosen dafür zahlen müssen.“



Lucy Redler (24)
*SAV-Sprecherin und
Bürgerchafts-Kandidatin
für REGENBOGEN
Listenplatz 5*

Die SAV tritt ein für:

- Rücknahme aller Sozialkürzungen und Aufstellung des Haushaltes nach Bedarf
- drastische Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- Stopp aller städtischen Zinszahlungen an die Banken
- Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 800 Euro netto plus Warmmiete
- ein massives öffentliches Investitionsprogramm bei Sozialem, Bildung, Umwelt
- einen eintägigen Generalstreik gegen Sozialabbau, Agenda 2010, Hartz-Pläne und Gesundheitsreform

Privatisierung der Krankenhäuser

„In Hamburg sollen unsere städtischen Krankenhäuser (LBK) an private Konzerne verkauft werden. Dass die Krankenhäuser für Beschäftigte und Patienten nicht besser sind, wenn sie einem Privatunternehmen gehören, ist klar. Den Privatunternehmen geht es nur um ihren Gewinn. Seit 1995 wurden in den städtischen Krankenhäusern 3.000 Stellen abgebaut. Der Arbeitsdruck hat sich erhöht, immer weniger Beschäftigte müssen die jährlich ca. 400.000 Patienten versorgen. Durch eine Privatisierung werden die Interessen von Beschäftigten und Patienten den Profitgeiern zum Fraß vorgeworfen. Das Volksbegehren fordert, dass maximal 49% privatisiert werden dürfen. Das reicht uns nicht: Es müssen 100% in städtischer Hand bleiben! Die Krankenhäuser gehören uns allen. Gesundheit ist keine Ware!“

Die SAV fordert:

- keine (Teil-)Privatisierung der LBK-Krankenhäuser
- Stopp und Rücknahme von Ausgliederungen
- Protestdemonstrationen bis hin zu Streiks, um die (Teil-)Privatisierung zu verhindern
- Ausbildung und Einstellung von zusätzlich 2.500 Beschäftigten beim LBK



*Jörn Kroppach (32 Jahre),
kaufmännischer Angestellter
Bürgerschaftskandidat für die
REGENBOGEN-LISTE*



*Aneke Bevernitz (26 Jahre)
Verwaltungsangestellte bei der
Stadt Hamburg
Kandidatin zur Bezirks-
versammlung Eimsbüttel für
die REGENBOGEN-Liste*

Öffentlicher Dienst: Arbeitsplatzabbau, Mehrarbeit, Lohnkürzungen

„Seit Jahren wird in den städtischen Behörden und Betrieben von ‘Modernisierung’ und ‘Flexibilisierung’ geredet. Immer mehr städtische Betriebe werden privatisiert und ausgegliedert. In den letzten zehn Jahren reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Hamburg um über 55.000. Das sind mehr als 44%! Für uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das vor allem eins: Mehr Stress, schlechtere Arbeitsbedingungen und Stellenabbau. Für die beamteten KollegInnen wurde die Arbeitszeit um 1,5 Stunden erhöht, bei den Lehrern führt das neue Lehrerarbeitszeitgesetz ebenfalls zu Mehrarbeit. Jetzt sind auch Streichung bzw. Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld geplant. Es wird Zeit, dass wir uns gemeinsam dagegen wehren!“

Die SAV fordert:

- Schluss mit dem Stellenabbau bei der Stadt
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerungen und der Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Arbeitslosigkeit

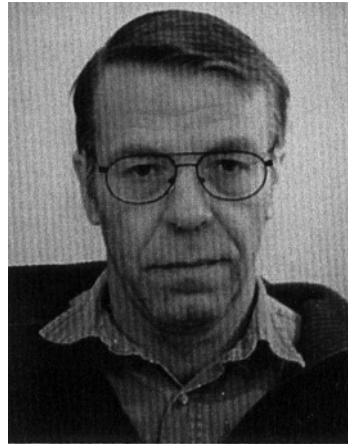
„Der Hamburger Otto-Versand hat im letzten Jahr einen Gewinn von 342 Millionen gemacht. Der Eigentümer des Otto-Versandes, Werner Otto, besitzt allein ein Vermögen von 6,6 Milliarden Euro. Nun will Otto in Hamburg von 3.000 Arbeitsplätzen 500 abbauen. Dies ist kein Einzelfall. Und während die Unternehmen bundesweit massenhaft Arbeitsplätze vernichten, werden sie dafür noch mit Steuergeschenken belohnt.

In Hamburg waren im Dezember mehr als 85.000 Menschen erwerbslos. Gleichzeitig waren nur 7.800 offene Stellen gemeldet. Trotzdem werden wir Arbeitslosen als faul dargestellt, auf uns wird Druck ausgeübt, damit wir nach Arbeitsplätzen suchen, die es gar nicht gibt.

Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe und die anderen Hartz-Gesetze haben nur den einen Zweck: Die Arbeitslosen in Billigjobs abzudrängen, die Löhne und Gehälter insgesamt zu senken und damit den Unternehmen noch größere Profite zu verschaffen. Der Hamburger Senat führte diese Verschlechterungen weiter: Die Gelder für Beschäftigungsförderung und Weiterbildung werden massiv gestrichen, die gezahlten Löhne deutlich gesenkt.“

Die SAV fordert:

- Weg mit den Hartz-Gesetzen und Agenda 2010
- Rücknahme der Kürzungen und Verschlechterungen bei Beschäftigungsförderung und Weiterbildung
- tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt Billigjobs
- Überführung aller Unternehmen, die Entlassungen planen, in öffentliches Eigentum



*Klaus Hauswirth (45 Jahre),
Drucker
Mitglied im Sprecherrat der
ver.di-Erwerbslosen Hamburg*
Kandidat zur Bezirksversammlung
Hamburg-Mitte für die
REGENBOGEN-Liste*



*Andreas Schmidtke (22 Jahre).
Auszubildender
Kandidat zur Bezirksversammlung
Hamburg-Nord für die
REGENBOGEN-Liste*

Ausbildung

„Die Unternehmen bilden immer weniger aus. Bundesweit fehlen mehr als 200.000 Ausbildungsplätze, in Hamburg mehr als 3.000. Und wenn man dann einen Ausbildungsplatz gefunden hat, wird man immer seltener nach der Ausbildung übernommen. Tolle Aussichten für uns Jugendliche...“

In Hamburg sollen die Berufsschulen privatisiert werden. Dann bestimmen bald allein die Unternehmen, was wir lernen sollen. Allgemeinbildung und kritisches Denken hätten dann ein Ende. Dagegen müssen wir uns wehren!“

Die SAV fordert:

- keine Privatisierung der Berufsschulen
- Schaffung von 3.000 qualifizierten Ausbildungsplätzen in Hamburg; freie Berufswahl und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand; Schaffung von öffentlichen überbetrieblichen Ausbildungszentren

Schule

„In den Schulen fällt der Putz von den Wänden, die Schulbücher sind alt, die Klassen zu groß, es werden kaum neue Lehrer eingestellt. Mit dem neuen Lehrer-arbeitszeitmodell müssen die Lehrer länger arbeiten und bei den Bildungsausgaben wird weiter gekürzt. Unsere Bildung wird kaputt gespart. In Hamburg schaffen unter diesen Bedingungen mehr als 11% der Schüler gar keinen Schulabschluss. Gute Bildung können sich bald nur noch die Reichen leisten. Auch die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer werden immer schlechter. Der Unterricht und unsere Bildung leiden darunter natürlich. Deshalb bin ich aktiv gegen Bildungsabbau und beteilige mich an den Protesten.“

Die SAV fordert:

- ein massives Investitionsprogramm im Bildungsbereich zur Sanierung der Schulen und sofortige Einstellung von mindestens 2.000 Lehrer/innen in Hamburg
- Einführung der Gesamtschule als Regelschule mit maximal 15 SchülerInnen pro Klasse
- eine demokratische Kontrolle der Schulen durch Schüler/innen, Lehrer/innen, Eltern und Gewerkschaften



*Linda Fischer (19 Jahre)
Schülerin*



*Pablo Alderete (27 Jahre),
Student an der Hamburger
Universität für Wirtschaft und
Politik (HWP)
Kandidat zur Bezirksversamm-
lung Eimsbüttel für die
REGENBOGEN-Liste*

Universität

„An den Unis herrschen schlimme Zustände: Überfüllte Hörsäle, schlechte Ausstattung, marode Gebäude, kaum Betreuung, fehlende Dozenten... Der Hamburger Senat hat die Einführung von Studiengebühren für sogenannte Langzeitstudenten beschlossen. Bildung wird immer mehr zur Ware. Auch sollen einzelne Fachbereiche der Uni zusammengestrichen oder geschlossen und die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) in der Uni Hamburg aufgelöst werden. Mit dem neuem Hamburger Hochschulgesetz bestimmen nun unternehmensnahe Gremien über Inhalte und Struktur der Hochschulen. Wir Studierenden sollen nicht mehr kritisch hinterfragen, sondern nur noch für die Wirtschaft funktionieren. Die Streiks an den Universitäten sind der Richtige Schritt, um Widerstand gegen diese Politik zu organisieren.“

Die SAV fordert:

- Nein zu Studiengebühren, Privatisierung und Schließung von Fachbereichen; Erhalt einer eigenständigen HWP
- die Sanierung und bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen
- Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaföG von 800 Euro netto
- Unternehmerinteressen raus aus der Uni; für eine demokratische Kontrolle der Uni durch Studierende, DozentInnen, Beschäftigte und Gewerkschaften

Kindergarten

„Die Regierungen in Hamburg haben in den letzten Jahren keine Politik für, sondern gegen Kinder und Eltern gemacht. Es fehlen mehr als 18.000 Kindergartenplätze, die Gruppen sind viel zu groß, es werden nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Auch die Ausstattung der Kindergärten und Kinderkrippen lässt zu wünschen übrig. Das neue Kita-Gutscheinsystem benachteiligt vor allem Arbeitslose und Alleinerziehende; es wurde genutzt, um Kindergartenplätze und Arbeitsplätze abzubauen und die Gebühren zu erhöhen. Die SPD tut jetzt so, als würde sie für die Interessen von uns Eltern und unseren Kindern eintreten. Dabei hat sie selbst die Kita-Card erfunden und betreibt seit Jahren bundesweit und in Hamburg eine kinder- und elternfeindliche Politik des Sozialabbaus.“



Sandra und Martin Grafton

Die SAV fordert:

- Rücknahme der KITA-Card und flächendeckende Versorgung mit Kita-Plätzen nach den Bedürfnissen der Kinder und Eltern mit Gruppengrößen von maximal 15 Kindern mit je zwei Erzieher/innen
- für eine demokratische Kontrolle der Kindergartenversorgung durch Erzieher/innen, Eltern und Gewerkschaften

Rente

„Die Riester-Rente soll zur Pflicht-Versicherung werden. Den meisten Menschen fehlt für die Beiträge das Geld und das Vertrauen in die privaten Versicherungshaie. Wir Rentner fragen uns, wofür wir eigentlich ein Leben lang Beiträge gezahlt haben.

Gleichzeitig wollen CDU, Schill-Partei und FDP die Einrichtungen für Senioren, Pflegebedürftige und Kranke zum größten Teil privatisieren: LBK-Krankenhäuser, Pflegen & Wohnen. Dem derzeitigen Senat ist es völlig egal, wie die hilfebedürftigen Menschen in Zukunft versorgt werden. Er will nur das schnell Geld scheffeln, um es dann für zweifelhafte Prestigeprojekte aus dem Fenster zu werfen.“ *Uwe Kamps (64 Jahre), Rentner*

Die SAV fordert:

- Rücknahme der Teilprivatisierung, kein Kürzen der Renten, volle staatliche Finanzierung
- Mindestrente von 800 Euro netto plus Warmmiete
- Verkürzung des Renteneinstiegsalters auf 55 Jahre
- kein Verkauf von städtischen Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen

Gesundheitsreform

„Jetzt müssen wir Eintrittsgeld beim Arzt bezahlen und die Medikamentenzuzahlungen wurden deutlich erhöht. Und auch für das Krankengeld und unsere Zähne müssen wir bald selbst vorsorgen. All dies bedeutet: Nur wer reich ist kann sich gute Zähne, Arztbesuche, nötige Medikamente oder einen längeren Krankenhausbesuch erlauben. Die Pharmaindustrie verdient sich dabei dumm und dämlich. Und das auf dem Rücken der Patienten und der Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.“ *Christina Deichmann (23 Jahre), Sozialpädagogik-Studentin*

Die SAV fordert:

- Rücknahme aller Kürzungen im Gesundheitsbereich, kostenlose Gesundheitsversorgung für alle
- Überführung der Pharma- und Gesundheitsindustrie in öffentliches Eigentum

Migranten und Flüchtlinge

Menschen ohne deutschen Pass sind in Deutschland Menschen zweiter Klasse. Sie machen oft die schlechter bezahlten und härteren Jobs. Sie dürfen Steuern zahlen, aber nicht wählen. Für Nicht-Deutsche gibt es zahlreiche diskriminierende Sondergesetze. Flüchtlinge werden oft als 'Sozialschmarotzer' und 'Wirtschaftsasylanten' beleidigt. Hamburg ist inzwischen zur deutschen Hauptstadt der Abschiebungen geworden. Tausende sitzen bundesweit in Abschiebegefängnissen. Ist es denn ein Verbrechen, wenn Menschen vor Bürgerkrieg, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen?

In Deutschland gehen seit über zehn Jahren Verschärfung der Ausländergesetze und Beschneidung des Asylrechts einher mit Sozialabbau für alle – egal ob Deutsche oder Nicht-Deutsche. Das ist kein Zufall, sondern Absicht. Diese Politik soll ja gerade Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung auf breiter Front möglich machen. Statt sich über die Regierung zu empören, sollen wir uns über „kriminelle Ausländer“ aufregen. Statt die Unternehmen und ihre Handlanger in der Politik für die Vernichtung von Arbeitsplätzen verantwortlich zu machen, sollen wir denken, „die Ausländer“ seien schuld.

Die SAV fordert:

- Stopp aller Abschiebungen
- Abschaffung der Ausländergesetze
- gegen jede Form von Rassismus
- Volles Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen



Susan Powell (52 Jahre), Betriebsrätin und ver.di-Vertrauensfrau bei der Arbeiterwohlfahrt, aktiv im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“**

Gewerkschaften

„Wir brauchen angesichts der massiven Angriffe auf unsere Lebensbedingungen eine Bewegung mit Massendemonstrationen und Streiks wie in Frankreich, Italien oder Österreich. Deshalb bin ich aktiv in der Gewerkschaft ver.di. Ich setze mich dort dafür ein, dass die Gewerkschaften Widerstand organisieren. So sollte ver.di z.B. gegen den Verkauf der LBK-Krankenhäuser neben den Unterschriftensammlungen und dem Volksbegehren auch große Protestdemonstrationen - und wenn nötig auch Streiks – organisieren. Wir Beschäftigten hätten die Möglichkeit und die Kraft, mit unseren Gewerkschaften alle von den Verschlechterungen und Privatisierungen betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Betrieben zusammen zu holen und Gegenwehr zu leisten. Nur gemeinsam sind wir stark und könnten die Angriffe verhindern. Leider sehen das viele Gewerkschaftsfunktionäre nicht ganz so. Deshalb bin ich auch aktiv im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ - damit die Gewerkschaften aktiv Widerstand leisten und wir Sozialkahltschlag und Arbeitsplatzabbau endlich stoppen.“

Die SAV tritt ein für:

- die Organisation von bundesweiten Massendemonstrationen und einens bundesweiten Generalstreiks gegen Schröders Sozialkahltschlag
- Demokratisierung der Gewerkschaften: die Begrenzung des Einkommens von Gewerkschaftsfunktionären auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und ihre jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit

Für eine Arbeiterpartei

„Mit CDU, SPD, FDP und den Grünen haben die Unternehmer und Wohlhabenden gleich mehrere Parteien, die ihre Interessen vertreten. Sie wälzen die Krise ihrer angeblich sozialen Marktwirtschaft auf uns Lohnabhängige ab. Sie wollen uns weismachen, dass Lohnverzicht Arbeitsplätze schafft. Sie erzählen uns den Unsinn, dass es uns besser geht, wenn wir den Gürtel enger schnallen. Dabei wollen Sie doch nur eins: Die Reichen noch Reicher machen – auf unsere Kosten.“
Thomas Bonke (27), Bankangestellter



„Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten haben keine große Partei, die sich für uns einsetzt. Es wird Zeit, dass wir uns endlich gemeinsam wehren gegen die Macht der Banken und Konzerne und uns den Reichtum zurückholen, den wir Beschäftigten mit unserer Arbeit geschaffen haben. Der Aufbau einer solchen Partei der Arbeiterklasse, also der Lohnabhängigen und Arbeitslosen, ist deshalb dringend nötig!“ *Fernando Vilas (42), Arbeiter, Mitglied der Gewerkschaft der Eisenbahner (Transnet)*

Für eine sozialistische Alternative

„Unsere Probleme hier in Hamburg und die weltweiten Probleme – Arbeitslosigkeit, Krieg, Hunger, Umweltzerstörung – haben eine gemeinsame Ursache: das kapitalistische Wirtschaftssystem. Kapitalismus bedeutet Konkurrenz. Um auf dem globalen Markt mithalten zu können, muss jedes Unternehmen möglichst große Gewinne machen. Soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, Umweltschutz oder Gesundheitsversorgung erscheinen aus ihrer Sicht unnötig oder sind ihnen zu teuer.

Bei sinnvoll geplantem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen auf der Welt ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Konkurrenzsystem muss deshalb abgeschafft, die großen Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Die Alternative ist eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht das Profitstreben Einzelner entscheidet, sondern die Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt geplant wird. Im Sozialismus entscheiden nicht mehr Banken, Konzerne und Politiker, sondern die Menschen selber und demokratisch ihre Angelegenheiten in der Schule, im Betrieb, im Stadtteil.“



*David Schultz (25 Jahre)
SAV-Bundesvorstand
Kandidat zur Bezirksversammlung
Hamburg-Nord für die
REGENBOGEN-Liste*

Über die SAV

In der SAV - Sozialistische Alternative haben sich Arbeitnehmer/innen, Arbeitslose, Schüler/innen, Studierende, Rentner/innen zusammengeschlossen, um gegen Sozialabbau, Entlassungen, Umweltzerstörung, Kriege aktiv zu werden.

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Wir verbinden dieses mit dem Ziel einer grundlegenden sozialistische Veränderung der Gesellschaft. Dem weltweit agierenden Profitsystem stellen wir den internationalen Widerstand entgegen. Die SAV ist deshalb Teil des internationalen 'Committee for a Workers' International' (CWI), das aus sozialistischen Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern besteht.

Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Unsere Funktionsträger sind jederzeit wähl- und abwählbar. Im Gegensatz zu den Parteien wie SPD, CDU, FDP, Grünen, Schill-Partei und anderen haben wir keine Unternehmer, Bankdirektoren, Immobilien-Spekulanten und Verwaltungschefs in unseren Reihen. Unsere Mitglieder sind Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Auszubildende, Schüler, Studierende und Rentner.

Wir haben keine schwarzen Koffer und keine reichen Großspender. Finanziell abhängig sind wir deshalb nur von den Mitgliedsbeiträgen und kleinen Spenden.

Wer unsere Arbeit auch finanziell unterstützen möchte, kann auf das SAV-Spendenkonto überweisen:

Sylla Kahl
Konto 1275505889
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50



Öffentliche Treffen der SAV:

Ortsgruppe Hamburg-West

dienstags, 18.30 Uhr

Nernstweg 22

(Hamburg-Altona, Nähe Bahnhof Altona)

Ortsgruppe Hamburg-Mitte/Ost

montags, 19.00 Uhr

Café Exil, Spaldingstraße 41

(Nähe Hauptbahnhof/ U-Bahn Steinstr.)

Weitere Termine finden sich im Internet:

www.sozialismus.info/hamburg

oder Infos anfordern per Email:

hamburg@sav-online.de

Interesse an der **SAV** ?

- Ich möchte weitere Informationen über die SAV
- Ich möchte aktiv werden - teilt mir Termine und Aktionen mit
- Ich möchte SAV-Mitglied werden

Name: _____

Adresse: _____

Tel. + Email: _____

Schicken an: SAV, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Email: hamburg@sav-online.de Internet: www.sozialismus.info/hamburg

* alle Funktionsangaben in dieser Broschüre dienen nur zur Kenntlichmachung der jeweiligen Person

V.i.S.d.P.: L.Redler, c/o SAV, Littenstr.106/107, 10179 Berlin

